

Stigmatisierung statt Solidarität? Die Bürgergelddebatte und die neue Richtung der Sozialpolitik

Das Bürgergeld ist mittlerweile überall Thema. Viele Menschen glauben, genau zu wissen, worum es geht – es kursieren unzählige Geschichten. In der öffentlichen Debatte scheint das Bürgergeld für alles verantwortlich zu sein: für den Fachkräftemangel, für Migration, für Haushaltsprobleme. Und wenn man den Schlagzeilen glaubt, sollen Änderungen beim Bürgergeld auch gleich alle Probleme lösen.

Diese Debatte geht mir unter die Haut – aus zwei Gründen. Erstens, weil ich das Bürgergeld selbst mitverhandelt habe und genau unterscheiden kann zwischen Fakten und Fake News. Und zweitens, weil viele über das Bürgergeld reden, ohne zu merken, dass sie über Menschen reden. Das aber macht etwas – mit den Betroffenen und auch mit unserer Gesellschaft. Da kommt etwas ins Rutschen, wo eigentlich Solidarität notwendig wäre.

Und deshalb müssen wir über das Bürgergeld reden – um Desinformation sichtbar zu machen und falsche Behauptungen mit Fakten und guten Argumenten zu widerlegen.

Hartz IV war nicht mehr zeitgemäß. Dieses System entstand in einer Zeit, in der die Arbeitslosenquote bei fast zwölf Prozent lag. 2022 lag sie nur noch bei rund sechs Prozent – und heute haben wir in vielen Branchen Arbeits- und Fachkräftemangel. Deshalb setzt das Bürgergeld den Fokus auf Qualifizierung und individuelle Unterstützung, um die Herausforderungen des Arbeitsmarkts zu meistern.

Mir war dabei immer wichtig: Die Grundsicherung muss den Menschen gerecht werden. Sie muss soziale Absicherung bieten, damit Erwerbslose ein Leben in Würde führen können. Sie muss individuelle Unterstützung ermöglichen, um Menschen wieder Chancen und Perspektiven zu eröffnen. Und sie muss gesellschaftliche Teilhabe sichern – auch für diejenigen, die es schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Wir in der Ampel waren uns einig: Druck und Stigmatisierung helfen nicht. Was wir brauchen, ist individuelle und passgenaue Unterstützung – und eine soziale Absicherung, auf die sich die Menschen verlassen können.

Was haben wir konkret verändert?

Beim Regelsatz wird die Anpassung an die Inflation jetzt gesetzlich beschleunigt. Einkommen werden besser angerechnet: Zwischen 520 und 1.000 Euro bleiben nun zu 30 Prozent anrechnungsfrei, früher waren es 20. Junge Menschen unter 25 dürfen bei Ausbildung, Schule oder Freiwilligendienst bis zu 520 Euro behalten – früher nur 184. Und Sanktionen wurden entschärft: maximal 30 Prozent, keine sofortige Kürzung, erst beim zweiten Verstoß.

In der aktiven Arbeitsmarktpolitik war uns wichtig, dass Zusammenarbeit auf Augenhöhe stattfindet. Der neue Kooperationsplan ersetzt die alte Eingliederungsvereinbarung – er soll helfen, Vertrauen aufzubauen statt Druck auszuüben. Außerdem haben wir den Vermittlungsvorrang abgeschafft, um mehr Qualifizierung zu ermöglichen. Es geht nicht um schnelle Vermittlung in prekäre Arbeit, sondern um nachhaltige Integration. Dazu kommen neue Unterstützungsmaßnahmen: ganzheitliches Coaching, aufsuchende Beratung, ein entfristeter sozialer Arbeitsmarkt und ein Weiterbildungsgeld als Anreizmodell statt Sanktionen. Nicht alles ist perfekt, vieles hätte ich mir weitergehend gewünscht – aber im Dreierbündnis war das nicht vollständig möglich. Trotzdem: Wir haben viel erreicht.

Normalerweise würde man sagen: Ein Gesetz wird beschlossen, umgesetzt, die Jobcenter bekommen Zeit, die Wirkung entfaltet sich, und nach fünf Jahren wird evaluiert. Doch was dann begann, macht mich bis heute wütend.

Die Union wollte im Bundesrat Stärke zeigen – und startete stattdessen eine Kampagne gegen das Bürgergeld. Nicht mit Fakten, sondern mit Desinformation.

Erstes Beispiel: das Verwirrspiel mit den Zahlen. Mal war von 5,5 Millionen Leistungsbeziehenden die Rede, mal von 4 Millionen. Dass tatsächlich nur rund 1,7 Millionen Menschen arbeitslos sind, wurde verschwiegen. Friedrich Merz behauptete, der Staat bezahle „50 Milliarden Euro, um Nichtarbeit zu finanzieren“. Das ist falsch. Dieses Geld fließt nicht nur an Arbeitslose, sondern an Kinder, an Pflegende, an Kranke, an Menschen in Qualifizierungen und an Aufstocker:innen. Merz verfälscht die Realität – und lenkt von den eigentlichen Problemen ab: von Löhnen, von denen die Menschen nicht leben können, von nicht ausreichender Kinderbetreuung und von der Notwendigkeit, ausreichend Qualifizierung und Weiterbildung anzubieten. Probleme löst man nicht mit falschen Zahlen, sondern mit Konzepten und Solidarität.

Zweites Beispiel: „Arbeit lohnt sich nicht mehr.“ Markus Söder sagte öffentlich, ein Busfahrer verdiene weniger als eine Person mit Bürgergeld. Auch das stimmt nicht. Wer arbeitet, hat immer mehr im Geldbeutel – durch Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, gegebenenfalls Unterhaltsvorschuss. Und wer trotzdem nicht über die Runden kommt, bekommt aufstockendes Bürgergeld – genau dafür ist der Sozialstaat da. Diese Systematik gibt es seit Hartz IV, auch das weiß die Union genau. Solche Aussagen sind schlicht falsch und lenken von den wahren Herausforderungen ab.

Drittes Beispiel: CDU-Generalsekretär Linnemann behauptete, eine sechsstellige Zahl von Menschen wolle grundsätzlich nicht arbeiten. Auch das war frei erfunden. 2023 wurden 16.000 Menschen sanktioniert, weil sie Arbeit oder Ausbildung abgelehnt haben – das sind weniger als ein Prozent. 99 Prozent wollen arbeiten. Für diese 99 Prozent machen wir Politik.

Viertes Beispiel: Härtere Sanktionen könnten angeblich Milliarden sparen. Auch das ist Unsinn. Selbst bei 20.000 Sanktionen à 563 Euro über zwei Monate käme man auf gerade einmal rund 22 Millionen Euro – also 0,005 Prozent des Bundeshaushalts. Und nein: Unser Sozialstaat ist nicht aufgebläht. Deutschland liegt mit einem Sozialausgabenanteil von 26,7 Prozent am BIP deutlich unter Frankreich, Italien oder Österreich.

Fünftes Beispiel: „Flüchtlinge kommen nach Deutschland, um Bürgergeld zu bekommen.“ Auch das ist schlicht falsch. Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Asylbewerber:innen erhalten kein Bürgergeld, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – rund 100 Euro weniger, häufig als Sachleistungen. Erst nach erfolgreichem Asylverfahren oder nach 36 Monaten greifen Analogleistungen. Nur Geflüchtete aus der Ukraine erhalten seit dem russischen Angriffskrieg sofort Bürgergeld – und das war richtig so. Niemand sollte im Chaos millionenfacher Asylanträge stranden. Deutschland hilft Menschen in Not – und das ist richtig.

Doch die Kampagne der Union hörte nie auf. Sie zog sich durch die gesamte Legislatur und mündete in den Vorschlag, das Bürgergeld wieder abzuschaffen. Stattdessen soll eine „neue“ Grundsicherung kommen – mit härteren Sanktionen bis hin zur vollständigen Streichung, mit abgeschafften Karenzzeiten und neuem Vermittlungsvorrang.

Das ist falsch und kontraproduktiv. Sanktionen treffen eine kleine Gruppe, schaffen aber Misstrauen und zerstören Vertrauen für alle – ohne Vertrauen aber funktioniert Vermittlung nicht. Leistungskürzungen bedeuten Not, Isolation und Resignation. Menschen mit Problemen brauchen Unterstützung, keinen Druck.

Auch verfassungsrechtlich ist das bedenklich. Wer Leistungen streicht, gefährdet die Menschenwürde.

Ebenso falsch ist die Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs. Schnell ist nicht nachhaltig. Wer nur auf Tempo setzt, verhindert Qualifizierung und langfristige Integration. Das führt zu kurzfristigen Jobs, Jobverlust – und zurück ins Bürgergeld. Jobcenter geraten unter Druck, sich auf „einfache Fälle“ zu konzentrieren – aber wir dürfen niemanden zurücklassen.

Diese Politik ist respektlos. Respekt bedeutet hinsehen, zuhören, unterstützen. Wir brauchen einen Sozialstaat, der Menschen ernst nimmt, der Zeit und Geduld hat, der individuelle Förderung ermöglicht. Zu diesem Ansatz passt die Rückkehr zu Kontrolle und Sanktionen nicht.

Die Bürgergeld-Kampagne war nicht nur unredlich, sie hat auch das gesellschaftliche Klima vergiftet. Das Bild von Erwerbslosen wurde ins Negative verschoben. In Talkshows und Schlagzeilen werden Menschen ohne Arbeit als faul, bequem und unwillig dargestellt. Massenhafter Missbrauch wird unterstellt – ohne Grundlage. Aber durch ständige Wiederholung wird das Bild zur vermeintlichen Wahrheit.

So entstehen Vorurteile: Arbeitslose gelten als selbst schuld, als unsolidarisch, als Belastung. Die strukturellen Ursachen – fehlende Chancen, Bildung, Gesundheit – werden ausgeblendet. Und das zerstört Zusammenhalt.

Es entsteht ein Klima des Misstrauens gegenüber Menschen mit wenig Geld. Wer selbst wenig verdient, grenzt sich nach unten ab. Aus Empathie wird Verachtung, aus Miteinander Gegeneinander. Die Folge: Es entsteht Zustimmung zu Kürzungen, Zustimmung zur Rückkehr zur alten Hartz-IV-Logik.

Die Bürgergeld-Debatte schürt auch das Misstrauen gegenüber dem Sozialstaat und seinen Institutionen. In der Öffentlichkeit geht es ständig um Missbrauch und dass sich der Staat ausnutzen lässt. So entsteht zwangsläufig durch diese Debatte der Eindruck, der Sozialstaat sei ineffizient und ungerecht. So verliert die staatliche Sozialpolitik an Vertrauen und Legitimität. Es entstehen zwangsläufig Forderungen nach mehr Härte. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird brüchig.

Die toxische Debatte der Union wurde von der AfD dann auch noch verschärft – mit Rassismus verbunden. Sie hat soziale Abstiegsängste mit nationalistischen Parolen verbunden. So ist eine gefährliche Mischung aus Sozialneid und Fremdenhass entstanden. Schlimm war dabei auch, dass Union und AfD in dieser Debatte teilweise gleich argumentieren. Denn das hat die Positionen der AfD normalisiert – und ihre Zustimmung gestärkt. Die AfD konnte die faktenfreie Debatte über das Bürgergeld für sich nutzen und konnte die Systemverdrossenheit verstärken. Das ist ein sehr beunruhigendes Fazit für eine wehrhafte Demokratie.

Soziale Fragen und demokratische Stabilität hängen eng zusammen. Wenn Desinformation und Stigmatisierung das Denken bestimmen, dann geht Vertrauen verloren – in Menschen, in Politik, in den Staat. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass wieder über Fakten gesprochen wird – über Gerechtigkeit, über den Sozialstaat, über unsere demokratischen Werte.

Ungerecht ist nicht, dass Langzeitarbeitslose Unterstützung erhalten. Ungerecht ist, dass das reichste Prozent mehr besitzt als die Hälfte der Bevölkerung. Ungerecht ist, dass Menschen trotz Arbeit nicht über die Runden kommen. Ungerecht ist, dass Kinder in Armut aufwachsen, dass Bildung und Herkunft über Zukunft entscheiden.

Es ist nicht entscheidend, ob es Sanktionen gibt oder nicht. Gerechtigkeit beginnt bei der Verteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen.

Die Bürgergeld-Debatte zeigt: Sozialpolitik ist Demokratiep Politik.

Wer Menschen herabsetzt, gefährdet den Zusammenhalt. Wer Vertrauen zerstört, schwächt den Sozialstaat. Und wer Politik mit Fake News macht, ebnet Populisten den Weg.

Deshalb müssen wir mit Fakten widersprechen – immer wieder.

Und wir müssen an unsere Werte erinnern: Das Bundesverfassungsgericht hat festgelegt, dass jedem Menschen ein soziokulturelles Existenzminimum zusteht. Und das Grundgesetz verpflichtet uns – mit Artikel 1 und Artikel 20 – zur Achtung der Würde des Menschen und zum Sozialstaat. Daran sollten wir die Union erinnern.